

# EinBlick

## von und nach Berlin



**Maria Michalk**

Mitglied des  
Deutschen Bundestages  
direkt gewählte Abgeordnete der CDU im  
Wahlkreis 156  
(Bautzen 1)



**Büro im Deutschen Bundestag**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 33 30

Fax: (030) 227 – 7 66 81

E-Mail: [maria.michalk@bundestag.de](mailto:maria.michalk@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Bautzen**

Hohengasse 16, 02625 Bautzen

Tel.: (03591) 35 12 05

Fax: (03591) 35 12 07

E-Mail: [maria.michalk@wk.bundestag.de](mailto:maria.michalk@wk.bundestag.de)

Internet: [www.maria-michalk.de](http://www.maria-michalk.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge blicken wir auf die Geschehnisse in der Ukraine. Durch die revolutionären Umbrüche ist die bisherige Regierung verdrängt, die neue aber ist noch nicht überall im Land handlungsfähig. Umso bitterer ist es, dass Russland als übermächtiger Nachbar der Ukraine diese Situation ausnutzt und – wie völlig aus der Zeit gefallen – territoriale Geländegewinne anstrebt, indem es völkerrechtswidrig die Krim besetzt und von der Ukraine abzuspalten versucht. Verhaltensmuster wie vor 100 Jahren, als sich die Staaten Europas aus machtpolitischem Kalkül und rein nationalen Interessen in einen Krieg hineinziehen ließen, der unseren Kontinent an den Abgrund geführt hat, sind der falsche Weg. Die Zukunft unseres Kontinents muss auf anderen Pfeilern ruhen: Frieden, Souveränität, Verständigung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit.

Es sind sehr viele Fragen offen, nach dem das Referendum auf der Krim einen scheinbaren Sieg Russlands bewirkt. Damit haben wir uns in einer aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag auseinander gesetzt.

Fast ein Jahrzehnt ist es her, dass zahlreiche mittel- und ost-europäische Staaten nach dem Abschütteln der kommunistischen Herrschaft ihre Freiheit in der Europäischen Union verankern konnten. Nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahr 1990 konnte 2004 durch den Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens auch die Spaltung Europas in Ost und West überwunden werden.

Unsere Fraktion steht zum Erbe unserer Kanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die diese friedensstiftende Bedeutung der europäischen Einigung erkannt und stets betont haben. Sie haben unser Land zu einem Motor dieses Einigungsprozesses gemacht. Ihr Erfolg ist, dass sich seit Jahrzehnten schon kein Westeuropäer mehr an die Zustände erinnern kann, die unseren Kontinent so lange geprägt haben: Unüberwindbare Grenzen und unterdrückte nationale Minderheiten, Misstrauen und Vorurteile.

Auch darum wird es zur Europawahl am 25. Mai 2014 gehen. Die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht nach der Abschaffung der 5 % Klausel nun auch die 3 % Klausel als unwirksam erklärt hat, stärkt nicht gerade das Europäische Parlament. Erst recht nicht, wenn es in seiner Begründung auführt, dass das Europäische Parlament keine Regierung wählt und im Zweifel die nationalen Parlamente die EU-Entscheidungen korrigierten könnten. Wir brauchen gerade in den kommenden Wochen dazu eine große Bereitschaft zur Auseinandersetzung.

Mit freundlichen Grüßen

# I. Zur politischen Diskussion

## 1. Kabinettsbeschluss zum Haushalt

Der Bund will im nächsten Jahr erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Damit hätten wir endlich die Zeitenwende geschafft, auf die wir im Interesse unseres Landes so lange hingearbeitet haben. Dieser Mittwoch, wenn das Kabinett den Haushaltsentwurf für 2014 und die Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 beschließt, wird also durchaus ein historisch bedeutsamer Tag für unser Land sein. Der Haushaltsentwurf für dieses Jahr muss wegen der Bundestagswahl im Herbst von der Bundesregierung erneut beschlossen und dem Deutschen Bundestag zu Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Für 2014 plant die Regierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Mrd. Euro, von denen allerdings 4,3 Mrd. Euro allein als letzte Rate zum Aufbau des Eigenkapitals beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) dienen. Wir halten die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich ein und haben sogar einen kleinen Puffer. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Ab 2015 kommt der Bundeshaushalt völlig ohne neue Kredite aus. Wir werden im Zuge der parlamentarischen Beratungen alles tun, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

Anders als unsere Konkurrenz oft glauben machen will, führt ein ausgeglichener Haushalt nicht zu einem Zusammenbruch des Landes und schon gar nicht zu einer Verelendung breiter Massen – im Gegenteil! Nie hat eine Bundesregierung so viel in Bildung und Forschung investiert. Nie hat eine Bundesregierung die Kommunen in derart massiver Weise entlasten können. Auch die prioritären Ausgaben des Koalitionsvertrages sind solide mit den nötigen Mitteln unterlegt. Und all das – wie versprochen – ohne die Erhöhung von Steuern. Kurz: Dieser Haushalt ist ein großartiger Erfolg für die nachhaltige und generationengerechte Politik von CDU und CSU.

Klar ist aber auch: Wirtschaftlicher Wohlstand und damit stabile Finanzen bei Staat und Sozialversicherungen sind nicht selbstverständlich. Auch weiterhin müssen wir die Gefährdung von Arbeitsplätzen verhindern. Unsere Beschlüsse zur abschlagfreien Rente für langjährig Versicherte dürfen nicht zu einer Frühverrentungswelle führen und der Mindestlohn nicht zum massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen. Darin sind wir uns mit der SPD einig. Wir werden besonders darauf achten, denn wir wollen, dass die positive Entwicklung unseres Landes weitergeht.

## 2. Digitale Potenziale

Die weltweit größte Messe für Informationstechnik (CeBIT) ist für uns Anlass, dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Antrag zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland vorzulegen. Unsere Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Branche ist mit über 86.000 Unternehmen, 900.000 Beschäftigten und 228 Mrd. Euro Umsatz ein bedeutender Industriezweig der deutschen Wirtschaft. Wir wollen traditionelle deutsche Stärken in Bereichen wie Industrie, Energie, Gesundheit, Tourismus oder Mobilität durch Stärkung der Nutzung von Big Data, Cloud-Anwendungen, Smart Services oder Industrie 4.0 noch mehr zum Tragen bringen. Außerdem wollen wir die Gründerkultur stärken - und damit den Mittelstand von morgen.

Aktuell müssen wir neues Vertrauen in das Internet schaffen und ein besonderes Augenmerk auf IT-Sicherheit sowie die Abwehr von Industriespionage legen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg zu bringen. Im vergangenen Monat haben wir den neuen Bundestags-Ausschuss „Digitale Agenda“ ins Leben gerufen. Wir greifen damit auf, dass die Digitalisierung immer mehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Lebensbereiche durchdringt und verknüpft. Unsere Aufgabe liegt vor allem darin, die großartigen Chancen zu nutzen und Risiken wirksam entgegenwirken.

## II. Die Woche im Parlament

1. **Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Lage in der Ukraine am 6. März 2014.** Die Bundeskanzlerin berichtet nach dem EU-Sondergipfel über die gemeinsame europäische Antwort auf die Lage in der Ukraine. In der anschließenden Kernzeitdebatte hoffen wir auf eine möglichst einmütige Unterstützung für die Menschen in der Ukraine.
2. **Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland stärken – Potenziale der Digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpfen und digitale Infrastruktur ausbauen.** Im gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen greifen wir die in der Digitalisierung liegende Chance und Herausforderung auf und fordern unter anderem ein zeitgemäßes IT-Sicherheitsgesetz.
3. **Einsetzung „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.“** Auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD setzen wir eine Kommission ein, die prüfen soll, wie die Parlamentsrechte zum Einsatz der Bundeswehr trotz einer fortschreitenden Bündnisintegration gesichert werden können. Die Einsetzung dieser Reform-Kommission ergibt sich aus dem Koalitionsvertrag.
4. **Gesetz zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit.** Das Sozialversicherungsabkommen, das wir in erster Beratung behandeln, regelt die Zuordnung und Abwicklung von Versicherungsverhältnissen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung zwischen den beiden Staaten. Es wird für alle Beteiligten zu Verwaltungsvereinfachungen führen und Bürokratie verringern.
5. **Mehr Zeitsouveränität - Neue Wege für gleiche Chancen von Frauen und Männern.** Wir nehmen unseren Koalitionsvertrag beim Wort und setzen uns für bessere Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten ein. Mit unserem Antrag, den CDU/CSU und SPD gemeinsam einbringen, weisen wir auf die Bedeutung einer Verbesserung der Wahlfreiheit für berufstätige Männer und Frauen hin. Wir wollen Frauen wie Männer in die Lage versetzen, ihre Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige besser mit ihrem Beruf vereinbaren zu können. Die Vereinbarkeit von Vollzeitarbeit beider Partner mit den Bedürfnissen der Familie stellt eine große Herausforderung dar, die nicht alle Familien nach dem gleichen Schema lösen wollen. Unser Ansatz ist daher, die Rahmenbedingungen so flexibel zu gestalten, dass Frauen und Männer selbst über die beste individuelle Lösung entscheiden können. Dazu gehören unter anderem das Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Arbeitszeit nach einer Teilzeitphase, die

Möglichkeit der Teilzeitausbildung, die gezielte Förderung von Führungspositionen in Teilzeit oder etwa eine Flexibilisierung der Elternzeit. Gleichzeitig werden wir uns weiter um die Förderung der Betreuungsinfrastruktur kümmern.

### **III. Zahlen und Fakten**

#### **1. Schwarzarbeit wird effektiv bekämpft**

Nach Angaben der Bundesregierung sind beim Zoll derzeit 6.700 Mitarbeiter im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit tätig. Zum Ausgleich der Fluktuation würden 800 Nachwuchskräfte ausgebildet. Damit könne eine ausreichend präventive und repressive Tätigkeit ausgeübt werden. Diese Angabe beziehe sich aber auf den heutigen Aufgabenbestand. Sollten weitere Aufgaben übernommen werden müssen, etwa im Bereich künftiger Mindestlohnregelungen, müsse die Frage nach der Personalsituation wieder neu beantwortet werden.

Der Finanzausschuss nahm den von der Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegten Elften (16/13768) und den Zwölften Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung (17/14800) zur Kenntnis. Darin heißt es, nahezu alle Bereiche der Wirtschaft, besonders aber lohnintensive Branchen, seien von Schwarzarbeit betroffen. Umfang und Entwicklung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zu beziffern, sei aber nicht möglich. Verwiesen wird allerdings unter anderem auf Angaben des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen (IAW) und die Arbeiten von Prof. Dr. Friedrich Schneider, die in ihren Analysen von einem Umfang der Schattenwirtschaft von 343 bis 352 Milliarden Euro ausgehen würden. Das würde einem Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt von rund 13,4 bis 14,6 Prozent entsprechen. Die Forscher würden aber tendenziell von einem Rückgang der Schattenwirtschaft ausgehen, was auf das kräftige Wirtschaftswachstum und die günstige Arbeitsmarktlage zurückzuführen sei.

Auch die Scheinselbstständigkeit spielt nach diesen Informationen eine große Rolle. Dabei treten Personen formell als selbstständige Unternehmer auf, obwohl sie tatsächlich abhängig beschäftigt sind. Damit sollen das Bestehen einer Sozialversicherungspflicht verschleiert und Mindestlöhne umgangen werden. Die Regierung nennt weitere Fälle: „Darüber hinaus ist im Berichtszeitraum ein verstärkter Missbrauch grundsätzlich legaler Vertragskonstruktionen in weiteren Branchen (zum Beispiel selbstständige Köche in fremdem Gastronomiebetrieb, selbstständige Friseure ohne eigenes Geschäftslokal) beziehungsweise im Wege einer Detaildefinition einzelner Verarbeitungs- oder Verwaltungsschritte (zum Beispiel Regaleinräumer in Supermärkten) als eigenständige und abtrennbare Dienst- oder Werkleistungen und ihre Betriebsauslagerungen festzustellen.“

#### **2. Koalition drängt bei Lebensversicherungen**

Berlin: (hib/HLE) Die Bundesregierung hat noch keinen Zeitplan für das von ihr geplante Gesetz zur Stabilisierung der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften und zum besseren Schutz der Versicherten. Dies erklärte ein Vertreter der Bundesregierung in der Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch. Derzeit werde überlegt, den Verbraucherschutz bei den Lebensversicherungen und auch die Rolle der für die Versicherungen zuständigen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu stärken. Überlegt würden in diesem Zusammen-

hang auch Änderungen bei der Verwendung von Überschüssen und Bewertungsreserven. Die Bewertungsreserven waren aufgrund der Niedrigzinsphase stark angestiegen. Der noch vorzulegende Gesetzentwurf werde nach gegenwärtiger Einschätzung im Bundesrat zustimmungspflichtig sein. Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD sprachen sich dafür aus, den Gesetzentwurf möglichst bald vorzulegen, damit mit den parlamentarischen Beratungen begonnen werden könne.

### 3. Honig mit gentechnisch veränderten Bestandteilen

Die EU-Kommission hat den Vorschlag zur Änderung der Honig-Richtlinie als Konsequenz aus dem sog. Honig-Urteil des EuGH vorgelegt. Mit der Änderung wird klargestellt, dass Pollen ein natürlicher Bestandteil des Honigs und eben keine Zutat ist. Begründet wird dies u.a. damit; dass Pollen durch die Sammeltätigkeit der Bienen in den Honig gelangt und nicht absichtlich hinzugefügt wird. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass die gegenwärtige Praxis in allen EU-Mitgliedsstaaten, wonach Pollen nicht als Zutat gekennzeichnet wird, fortbestehen kann und Honig keine Nährwertkennzeichnung braucht. Dadurch werden zusätzliche Kennzeichnungspflichten, hohe Analysekosten und bürokratischer Kontrollaufwand auch für die Imker vermieden.

Diese Auffassung teilt die Bundesregierung. Auch das Europäische Parlament hatte der Klarstellung zugestimmt. Im anschließenden Trilog-Verfahren wurde bereits eine Einigung erzielt und das Verfahren abgeschlossen, so dass die Forderungen der GRÜNEN ins Leere gehen. Die Änderung der Honig-Richtlinie wird damit zeitnah in erster Lesung verabschiedet werden.

Trotzdem gilt die Empfehlung: Kauft den Honig aus der Region.

## IV. Wettbewerbe

### 1. Ausschreibung für kommunale Initiativen

Auch in diesem Jahr wird der Konrad-Adenauer-Preis für beispielhafte Leistungen in der Kommunalpolitik verliehen. Er steht unter der Schirmherrschaft unserer Bundeskanzlerin und steht dieses Mal unter dem Thema der Energiepolitik. Berücksichtigt werden insbesondere Projekte zur Aktivierung der Wirtschaft und des privaten Engagements zur Energieerzeugung. Es wird ausdrücklich zur Teilnahme ermuntert. Die Preisausschreibung ist auf der Internetseite [www.konrad-adenauer-preis.de](http://www.konrad-adenauer-preis.de) zu finden. Einsendeschluss ist der 30. Juli 2014.

### 2. Wettbewerbsstart für „Deutschland – Land der Ideen“

Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank suchen mit dem Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ im Jahr 2014 Impulse und Innovationen, die die Zukunftsperspektiven ländlicher Regionen stärken. Gefragt sind dabei nicht konkrete Orte im geographischen Sinn, sondern gute Ideen aus ganz Deutschland, die zeigen, wie das Land von morgen aussehen kann.

Deutschlands ländliche Regionen prägen mit ihren regionalen Besonderheiten auf einzigartige Weise die deutsche Identität – und stehen jedoch auch vor großen Herausforderungen : Wie bleiben schrumpfende Orte für ihre Bewohner attraktiv? Welche Schulform sichert Bildung trotz sinkender Schülerzahlen? Wie funktionieren die Gesundheitsversorgung und das Miteinander der Generationen in der älter werdenden Dorfgemeinschaft von morgen? Wie können Gemeinden Kunst und Kultur nutzen, um Touristen für ihre Region zu begeistern und wie kann eine flächendeckende Breitbandversorgung gelingen?

Bewerbungsfrist ist am 30. April 2014. Weitere Infos unter [orte@land-der-ideen.de](mailto:orte@land-der-ideen.de).

## V. Termine:

Einen Überblick der Termine finden Sie auf meiner Internetseite unter:

[www.maria-michalk.de](http://www.maria-michalk.de)

### Impressum:

- Wahlkreisinformationsdienst MdB Maria Michalk, Tel. 03591 – 35 12 05
- Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, teilen Sie das bitte mit unter [maria.michalk@wk.bundestag.de](mailto:maria.michalk@wk.bundestag.de).